

Braucht es einen kosovarischen Versöhnungsrat?

Bei einem Gerichtsfall im Kanton Luzern vermittelte eine kosovarische Vermittlungsinstanz – parallel zur Schweizer Justiz. Braucht es solche Versöhnungsräte?

Mediation durch Verhandeln

Nach heutigen Schätzungen leben in der Schweiz rund 340 000 Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, davon sind rund die Hälfte Albaner. Kosovo-Albaner sind in den Neunzigerjahren zu Tausenden in den Westen geflüchtet.

Für Kosovo-Albaner zentral ist der Familienbegriff: Ihr ganzes Sozialgefüge ist darauf aufgebaut – das «Clan-Denken» innerhalb der familiären Strukturen ist ein Teil ihrer gelebten Kultur. Dabei spielt auch die Familie im Herkunftsland nach wie vor eine wichtige Rolle. Eine entscheidende Funktion bei Streitigkeiten unter den Familien hat der Altenrat. Dieser vereinigt Legislative, Judikative und Mediation, und ihm gehören Menschen an, die sich durch ein grosses gesellschaftliches Prestige und durch Weisheit profiliert haben.

In den letzten Jahren haben die EU und die Schweiz viel dazu beigetragen, dass in den Staaten Südosteuropas Stabilität einkehren kann. Der Aufbau der Justiz mit der Einbindung des Altenrats spielt dabei eine wesentliche Rolle.



Zum Fall aus dem Kanton Luzern: Hier wurde von einem Angeklagten ein kosovarischer Versöhnungsrat eingeschaltet. Dieser übernimmt sozusagen die Mediationsrolle des Altenrats. Mediation ist ein Verfahren zur Lösung von Konflikten durch Verhandeln unter Leitung einer neutralen Drittperson. Ziel ist eine für beide Parteien befriedigende Lösung. Der Versöhnungsrat greift in keiner Weise in die Schweizer Justiz ein. Mit dem Versöhnungsrat wird versucht, die Blutrache zu verhindern, welche noch in kleinsten Teilen Kosovos ausgeübt wird. Ist es schlecht, wenn zu vermitteln versucht wird? Denn genau das passiert hier. Wo liegt das Problem?

HINWEIS

► * **Andy Tschümperlin** ist SP-Nationalrat und wohnt in Rickenbach SZ. ◀

Problematische Einmischung

Die Absichten eines kosovarischen «Versöhnungsrates» mögen edel sein; trotzdem ist es problematisch, wenn sich dieser in Schweizer Rechtsfälle einmischt.

Kaum haben wir erfahren, dass Bürgerinnen und Bürger Schwierigkeiten mit immer neuen Forderungen und Anpassungen an hier lebende Minderheiten haben, sind die Behörden wieder dabei, eine neue Forderung zu akzeptieren. Dies ruft erneut eine Unsicherheit in der Bevölkerung hervor.

Was wissen wir über den «Versöhnungsrat», eine albanische Ersatz-Justiz aus dem Mittelalter? Sehr wenig. Sogar Fachleute können nicht bestätigen, dass solche Vermittlungsräte in der Schweiz nötig sind. Ganz im Gegenteil. Wollen wir hier «Blutgeldzahlungen» dulden und eine Parallel-Justiz zulassen?

Klar ist aber auch, dass es den Bürgern in Kosovo freisteht, eine solche Instanz aufzusuchen. Bekanntlich besitzt die Schweiz keinen «Eisernen Vor-



hang», und es wird niemand daran gehindert, unser Land zu verlassen. Wir haben unsere Gesetze und eine gut funktionierende Justiz. Mit einer Akzeptanz des Vermittlungsrates entstünde aber der Eindruck, dass die Schweizer Justiz unfähig ist und ausländische Hilfe benötigt. Und was machen wir, wenn eine andere ausländische Minderheit ähnliche Forderungen stellt? Deshalb sind solche oder ähnliche Massnahmen auch für das friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen in der Schweiz höchst bedenklich.

Übrigens: Kennen Sie ein Land, in welchem die Justiz bei einem Verbrechen auf die «Gepflogenheiten» seiner Einwanderer eingeht? Ich nicht.

HINWEIS

► * **Yvette Estermann** ist SVP-Nationalrätin und wohnt in Kriens. ◀